

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

TOP 2 – Erleichterung öffentlich privater  
Partnerschaften

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53

**Detlef Matthiessen:**

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 256.07 / 07.06.2007**

## Öffentlich private Partnerschaft ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung ist nur ein anderes Wort für neue Schulden

Die Diskussion um öffentlich private Partnerschafts-Projekte hat eine wichtige Erkenntnis gebracht: Wir müssen den gesamten Lebenszyklus einer Investition betrachten. Das ist bis jetzt bei den Projekten der öffentlichen Hand zu kurz gekommen. Beim Bau eines Gebäudes - egal ob Schule, Kita, Flughafen oder Schwimmbad – müssen die gesamten Kosten über die 25 bis 40 Nutzungsjahre berechnet und betrachtet werden. Die oftmals politisch und öffentlich heftig umstrittene Investitionssumme macht nur 15 bis 25 Prozent der Kosten im Lebenszyklus des Projektes aus. Wichtiger sind die Finanzierungs- und Betriebskosten. Und wir als Grüne verweisen außerdem auf die weiter steigenden Energiekosten, denn über den Zeitraum von 25 bis 40 Jahren betrachtet macht sich ein effizientes Energiekonzept basierend auf erneuerbaren Energien immer bezahlt. Und das ist auch gut so für echte nachhaltige Investitionen.

Die Diskussion um ÖPP-Projekte fällt nicht plötzlich vom Himmel, sondern die akute Not der öffentlichen Haushalte und der teilweise zu beobachtende Verfall der öffentlichen Infrastruktur hat die Kommunen und die Länder auf die Idee gebracht, privates Kapital für Investitionen einzuwerben. Der private Kapitalgeber hat eine Gewinnerwartung. Daher ist die Grundfrage für die Politik: Gibt es durch das Einbeziehen des privaten Kapitals und privaten Know Hows wirklich Einsparungen für den öffentlichen Haushalt, oder wird es insgesamt doch teurer? Belastungen im Haushalt werden heute vermieden, sie werden aber nur in die Zukunft verschoben. Der Präsident des Bayerischen Rechnungshofes sagt dazu: „Wer jetzt nicht zahlen kann, dem wird das auch nicht über ÖPP gelingen, weil er die Finanzierungslasten damit nur in die Zukunft verlagert.“

Der Private muss zusätzlich seinen Gewinn erwirtschaften und er muss Mehrwertsteuer sowie Körperschaftssteuern zahlen, all das muss die öffentliche Hand nicht und ist diesbezüglich günstiger.

Es gibt bis lang nur wenige ÖPP-Projekte in Deutschland. Wenn genau kalkuliert wird, kommen die meisten Kämmerer in den Kommunen zu dem Ergebnis: Der Kommunalkredit ist als Finanzierung unschlagbar. Deshalb haben wir in der parlamentarischen Beratung in den Ausschüssen einen neuen Ansatz im Paragraph 6 vorgeschlagen: Eine ÖPP-Finanzierung darf nur dann erwogen werden, wenn Projekte auch konventionell nach alter Praxis realisiert worden wären, sie sich aber als ÖPP unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als günstiger für die öffentliche Hand darstellen.

Damit wäre sichergestellt, dass es zu keiner Überforderung der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen kommt und keine Finanzlasten in die Zukunft verschoben werden. Weiterhin haben wir Grünen in Paragraph 6 angeregt, dass die Träger der öffentlichen Verwaltung Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen machen müssen, bevor sie über die Verlagerung einer öffentlichen Aufgabe auf ÖPP nachdenken. Leider sind beide Ansätze von der Großen Koalition nicht aufgenommen worden.

Es gibt zwei zu Beginn hochgelobte ÖPP-Verkehrsprojekte in Deutschland, die gründlich in die Hose gegangen sind. Das sind die Straßentunnel in Rostock und Lübeck. Die prognostizierten Verkehrszahlen wurden nie erreicht, und ich bin mir ziemlich sicher, dass der Steuerzahler am Ende die Zeche zahlen muss. Wer denn sonst? Aktuell wird in Lübeck eine weitere Mauterhöhung für den Herrentunnel diskutiert. Der Hintergrund sind die Nutzerzahlen: Statt der prognostizierten 37.000 Pkws täglich fahren nur 20.000 durch den Tunnel. Ein weiterer Rückgang wird erwartet, wenn die Nordtangente Ende 2007 eröffnet wird.

Ein weiteres schlechtes Beispiel ist die Teilprivatisierung der Wasser- und Abwasserversorgung in Berlin, wo der Staatshaushalt unter der vereinbarten Last der Garantiedividende für die Privaten in die Knie geht.

Die Bereiche von Polizei und Justizvollzug sehen wir generell als Kernaufgaben des Staates und stehen deshalb für Kooperationen mit Privaten nicht zur Verfügung. Kernaufgaben, die von staatlichen Beschäftigten ausgeführt werden müssen, sind Aufgaben, die der Polizei und der Justiz obliegen. Nur der Staat kann für die Sicherheit der individuellen und kollektiven Rechtsgüter sorgen und Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellen.

Ich fasse zusammen: Wir halten es für falsch, dass keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen erfolgen müssen, bevor eine öffentliche Investition oder Dienstleistung als ÖPP erstellt wird. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass eine Investition auch ohne ÖPP finanziell von der Kommune bewältigt werden kann, es mit ÖPP aber wirtschaftlicher ist. Beide Änderungen sind von CDU und SPD nicht gewollt, deshalb lehnt die Grüne Landtagsfraktion den Gesetzesentwurf ab.

Wir fürchten, dass ÖPP so nur ein anderes Wort für neue Schulden wird. Unkalkulierbare Risiken und Schattenhaushalte entstehen. Staatsgarantien befreien den privaten Partner von dem, was essentieller Bestandteil von Markt und Wettbewerb sind: Sie befreien von dem Risiko. Die Übernahme der Garantien müssten nach unserer Auffassung wie Schulden gewertet werden, z.B. Anrechnung auf die Maastricht-Kriterien finden. Auch diese Frage ist bislang nicht geregelt.

\*\*\*